

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 19

Rubrik: Leserbriefe

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

LESERBRIEFE

Panić als Hoffnungsträger?

Forderungen nach Änderungen werden ausschliesslich an die serbische Führung gerichtet, nicht nur, weil angenommen wird, dass sie der einzige Gestalter der irrigen Politik ist, sondern weil erstens die serbische Wirtschaft — unverhältnismässig schwerwiegender als die montenegrinische — einen entscheidenden Einfluss auf den ganzen Raum ausübt und zweitens die neue Bundesregierung bis auf weiteres die ökonomische Führung laut Premier Panić den beiden Republiken überlassen, während sich der Bundesstaat auf die internationalen Beziehungen konzentrieren will, um so bald wie möglich die Aufhebung der Sanktionen gegen Serbien und Montenegro zu erzielen.

Dies kommentierte die Opposition bissig mit der Unterstellung, nun müsse die serbische Führung allein den Brei auslöffeln, an dem auch die Bundesregierung mitgekocht habe. Das dürfte allerdings nicht ganz zutreffen. Als erfahrener Geschäftsmann weiss Panić nämlich, dass aus dem unvermeidlichen Zusammenbruch nur ein langer und dorniger Weg hinausführt, wenn tatsächlich zugewartet würde, bis die Serben «ihren Brei ausgelöffelt» haben.

Wahrscheinlicher ist deshalb die Spekulation Panićs, wonach er einerseits noch genügend Kredit im Ausland hat, um Verhandlungen über die Aufhebung von Sanktionen zu führen, und andererseits könnten innenpolitisch die dringend nötigen Reformen eingeführt werden. Sollte Panić die Aufhebung der Blockade gelingen, wäre seine Position dann so weit gestärkt, dass er innenpolitisch energisch Druck aufsetzen könnte bei der Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Reformen.

Im übrigen hat Panić bereits bisher versucht, sich in die Wirtschaftspolitik einzumischen. So hat seine Regierung mehrere Gesetzesentwürfe veröffentlicht, unter denen demjenigen über die Jugoslawische Nationalbank besondere Bedeutung zukommt. Demnach würde diese die monetäre Politik selbstständig gestalten mit dem Hauptziel, den Dinar auf eine gesunde Basis zu stellen. Und hierzu ge-

hört auch Panićs offensichtliches Bestreben, die durch den Krieg zerrütteten wirtschaftlichen Beziehungen mit dem bisherigen gesamtjugoslawischen Raum wieder herzustellen.

Rückkehr zum gemeinsamen Markt?

Auch wenn die slowenische und die kroatische Regierung gegen Belgrad öffentlich polemisieren, sind sie doch beide auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Restjugoslawien angewiesen. In besonderem Masse gilt das für Kroatien, wo die Durchschnittslöhne sich halbiert und die monatliche Inflationsrate, die zuvor schon nie unter 15 Prozent betrug, inzwischen auf 30 Prozent angestiegen ist. Auch Slowenien, das verglichen mit Kroatien in einer etwas besseren Lage ist, hat allen Grund, über eine Rückkehr auf den serbischen Markt nachzudenken. Zwar hat sich seit kurzem die monatliche Inflationsrate auf 5–8 Prozent stabilisiert, aber der Produktionsrückgang beträgt 20 Prozent gegenüber dem Jahresanfang, und die Arbeitslosenquote hat auch 40 Prozent erreicht.

Gegenwärtig dreht sich das Rad allerdings in die andere Richtung: Der Krieg geht weiter, der internationale Druck hat eine Intensität erreicht, der die Serben in Agonie und Resignation treibt, und diese übermächtige Psychose lässt sie wieder Slobodan Milošević, den «Kämpfer um die Nation», sich zuwenden. Eine Umfrage der sich um Unabhängigkeit bemühenden Belgrader Wochenzeitschrift «NIN» zeigte denn auch, dass 42,5 Prozent der Serben wieder Milošević ihr Vertrauen schenken gegenüber 32 Prozent anfangs Sommer, während Bundespremier Panić 38 Prozent erreicht. Alle anderen Politiker sind weit abgeschlagen. In einem solchen Klima, kombiniert mit dem zur Schau getragenen Optimismus der serbischen Regierung, bildet sich kaum ein Bewusstsein für die Notwendigkeit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reformen. Ohne diese bleibt aber nur eine «Rosskur» oder eben der «Pferde-Express» übrig.

Ljubomir Matić

Aus Kroatien kommt der Bericht einer geflüchteten Kosovo-Albanerin, den wir hier wiedergeben wollen.

1989 wurde öffentlich bekannt (in Jugoslawien), dass Polizei und Truppen aus Serbien nach Kosovo geschickt wurden, die die Autonomie gewaltsam beendeten und ein Besatzungsregime errichteten. Zuvor schon hatte eine Kampagne voller Lügen und Behauptungen begonnen, wonach Kosovo serbisch sein und unter serbischer Verwaltung bleiben müsse. Als Hauptargument wurde angeführt, dass 600 Jahre zuvor sich auf diesem Gebiet mittelalterliche serbische Fürstentümer befanden. Ausserdem fand 1389 die sogenannte «Schlacht auf dem Amselfeld» statt, um die Ausbreitung des osmanischen Reichs zu verhindern, womit die serbische Besiedlung untermauert werden sollte. Verschwiegen wurde dabei, dass die Gegend schon über 2000 Jahre von Albanern besiedelt war. Die Serben verloren die Schlacht, aber sie schufen eine Legende.

Vertreibung von Albanern

Mit der gewaltsamen Abschaffung der Autonomie begann für die albanische Bevölkerung Kosovos eine Zeit harten Lebens und von Unfreiheit. Innerhalb eines Jahres verjagten die Serben 90 000 von zuvor 150 000 albanischen Arbeitern von ihren Arbeitsplätzen. Innerhalb von zwei Jahren erschossen serbische Polizei und Armee etwa 200 Albaner. Im gleichen Zeitraum wurden etwa 1000 Leute unschuldig zu Gefängnisstrafen verurteilt. Diese Misshandlungen dauern bis heute an.

Alle Schulen, welche in albanischer Sprache unterrichtet, und die Universität von Pristina wurden geschlossen. Fernsehen und Radio stellten die Programme in albanischer Sprache ein, und die einzige albanischsprachige Zeitung erscheint auch nicht mehr.

Flucht ins Ausland

Wegen dieser Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage

verliessen innerhalb von drei Jahren rund 200 000 überwiegend junge Albaner den Kosovo in Richtung Westeuropa. Etwa 100 000 leben jetzt in Kroatien, Slowenien oder Bosnien-Herzegowina. In Kroatien haben sie ein schwieriges Leben, denn sie gelten als Ausländer ohne gültige Ausweise — selbst jene, die dort Immobilien besitzen oder Geld investiert haben. In Slowenien ist die Situation etwas besser, aber nicht frei von Schwierigkeiten. In Bosnien-Herzegowina wurden von den serbischen Angreifern zuerst die Albaner getötet. Bis jetzt wurden mehrere hundert getötet, der Rest ist geflohen.

Die politischen Parteien der Albaner im Kosovo trafen sich, um einen friedlichen Ausgleich mit den Serben zu suchen. Als Besatzer im besetzten Land wollten die Serben keinerlei Dialog mit den Albanern. Alles, was sie wollen, ist Krieg, um einen ethnisch reinen Kosovo zu schaffen, wo nur Serben leben.

Als Jugoslawien in unabhängige Staaten zerfiel, wollten die Albaner ihr demokratisches Recht ausüben, einen Staat Kosovo zu schaffen. In einer geheim organisierten und durchgeführten Wahl wurden ein Parlament und ein Präsident der zukünftigen Republik gewählt, wobei serbische Polizei öfter in Wahllokale eindrang und Leute umbrachte. Ein früherer Versuch, eine öffentliche Abstimmung zu organisieren, war verboten worden.

Vor einem Genozid im Kosovo?

Bis jetzt können Parlament und Präsident nicht arbeiten, für Serbien existieren sie nicht. Die Politiker Kosovos wollen die Krise ohne Krieg beenden, um ein Massensterben wie in Kroatien oder Bosnien-Herzegowina zu vermeiden. Die Albaner sind noch nicht auf einen Krieg vorbereitet (keine Armee, zu wenig Waffen). Auch Serbien scheint sich noch nicht auf einen Krieg im Kosovo einlassen zu wollen, weil die Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina noch nicht beendet sind. ■